

Positionspapier der Fernleitungsnetzbetreiber für notwendige Anpassungen am Finanzierungsrahmen zur Realisierung des Wasserstoff-Kernnetzes im Rahmen der Dritten EnWG-Novelle (Kurzfassung)

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Dritten EnWG-Novelle enthält Regelungen für den Finanzierungsrahmen für das Wasserstoff-Kernnetz und die integrierte Netzentwicklungsplanung für Erdgas- und Wasserstoffnetze. Damit ist ein weiterer bedeutender Meilenstein auf dem Weg zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft erreicht.

Dieser Finanzierungsrahmen enthält bereits viele gute und wichtige Elemente. Als zukünftige Kernnetzbetreiber halten die Fernleitungsbetreiber jedoch ein paar wenige, aber entscheidende Änderungen am vorgesehenen Regelungsrahmen für erforderlich, um die Kapitalmarktfähigkeit sicherzustellen. Anderenfalls besteht das Risiko, dass die Kernnetzbetreiber bei ihren Shareholdern und am Kapitalmarkt nicht die finanziellen Mittel für alle Investitionen einwerben können, die notwendig sind, um das gesamte Kernnetz zu entwickeln.

Wie funktioniert der Finanzierungsrahmen?

Während die Kernnetzbetreiber in die Leitungen investieren, mindert der Staat die Risiken dieser Investitionen über das sogenannte Amortisationskonto, indem er teilweise für etwaige negative Salden am Ende der Laufzeit haftet. In diesem Konto werden die Differenzen aus genehmigten Kosten und erzielten Erlösen aus Netzentgelten verbucht. Weil anfangs die Investitionen der Kernnetzbetreiber sehr hoch sind und nur wenige Kunden Netzentgelte zahlen, müssen die Netzentgelte gedeckelt werden, um prohibitiv hohe Kosten für die ersten Netznutzer zu vermeiden. Daher ist das Konto zunächst über mehrere Jahre im Minus. Um die Liquidität der Kernnetzbetreiber sicherzustellen, leistet die kontoführende Stelle Ausgleichszahlungen, die später wieder verrechnet werden. Sobald der Wasserstoffhochlauf an Fahrt aufnimmt und immer mehr Kunden Netzentgelte zahlen, können diese Erlöse die Ausgleichszahlungen kompensieren. Damit wird das Konto im zu erwartenden Fall einer positiven Entwicklung des Markthochlaufs über die Jahre spätestens bis 2055 ausgeglichen sein.

Bei ihren nun anstehenden Investitionsentscheidungen müssen die Fernleitungsnetzbetreiber und ihre Kapitalgeber alle potenziellen Chancen und Risiken einbeziehen, auch für den unwahrscheinlichen, aber nicht auszuschließenden Fall, dass der Hochlauf des Wasserstoffmarktes scheitert. Zudem ist aufgrund der internationalen Vergleichbarkeit von Kapitalanlagen und des Wettbewerbs um Kapital ein angemessenes Chancen-/Risikoverhältnis auch im Vergleich zu anderen Investitionsmöglichkeiten in regulierte Infrastrukturen, vor allem in die Stromnetze, wichtig.

Um die Kapitalmarktfähigkeit des Finanzierungskonzeptes sicherzustellen sind folgende Anpassungen notwendig:

1. Selbstbehalt der Kernnetzbetreiber (§ 28 s Abs. 2 EnWG): tragbares Chancen-Risiko-Verhältnis sicherstellen!

Laut Gesetzentwurf knüpft der Staat seine Haftung an die Bedingung, dass die Kernnetzbetreiber bei einem negativen Saldo des Amortisationskontos zum Ende der Laufzeit (spätestens also 2055) einen Selbstbehalt tragen. Dieser Selbstbehalt beträgt gemäß

Gesetzesentwurf im Stichjahr (2055) 24%. Diese Höhe des Selbstbehaltes ist ein erhebliches zusätzliches Risiko für die Kernnetzbetreiber und benachteiligt diese in Verbindung mit einer vergleichsweise geringen regulierten Verzinsung des Eigenkapitals in Höhe von 6,69% im Wettbewerb um Kapital insbesondere im Vergleich zum Strombereich, wo weder ein Ausfallrisiko noch das Selbstbehaltsrisiko bestehen. Darüber hinaus werden laut Gesetzesentwurf auch die bestehenden Leitungen des Erdgasnetzes, die auf den Transport von Wasserstoff umgestellt werden, mit dem Risiko des Selbstbehalts belastet. Dies mindert den Anreiz zur Umstellung von Leitungen erheblich. Dabei sind gerade diese zentral für einen möglichst schnellen, ressourcenschonenden und kosteneffizienten Aufbau des Kernnetzes.

- ***Die Kapitalmarktfähigkeit des Finanzierungsmodells muss durch ein ausgewogenes Chancen-Risiko-Verhältnis sichergestellt werden. In Anlehnung an den Beschluss des Bundesrates vom 15.12.2023 sollten der Selbstbehalt auf 15% in 2055 gesenkt und umgestellte Leitungen nicht in die Berechnung des Selbstbehalts einbezogen werden.***

2. **Andienungsrecht (§ 28 s Abs. 4 EnWG): Staatsgarantie darf nicht ins Leere laufen!**

Der Gesetzesentwurf enthält eine sogenannte Andienungspflicht. Dies bedeutet, dass die Kernnetzbetreiber das Kernnetz unter bestimmten Voraussetzungen dem Bund übertragen müssen und dafür die Restbuchwerte abzüglich des Selbstbehaltes erstattet bekommen. Diese Andienungspflicht gilt laut dem aktuellen Entwurfstext aber nur für den Fall, dass die Kernnetzbetreiber den Selbstbehalt gegenüber dem Bund nicht begleichen können. Damit läuft die staatliche Garantie in vielen Fällen ins Leere, was die Kapitalmarktfähigkeit in Frage stellt. Damit dies geheilt wird, muss die Andienungspflicht mit einem Andienungsrecht der Kernnetzbetreiber im Falle der Beendigung des Amortisationskontos kombiniert werden. Die Fernleitungsnetzbetreiber unterstützen daher den entsprechenden Beschluss des Bundesrates vom 15.12.2023. Ein entsprechender Zusatz wäre im § 28 s Abs. 4 nach Satz 1 EnWG zu einzufügen.

- ***Die Kernnetzbetreiber sollten im Falle des vom Bund festgestellten Scheiterns des Markthochlaufs und einer entsprechenden Kündigung des Amortisationskontos (durch den Bund) ihr Eigentum am Wasserstoff-Kernnetz dem Bund ohne weitere Bedingung gegen Zahlung des kalkulatorischen Restwerts abzüglich des Selbstbehaltes andienen können.***

3. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag: rechtssichere Grundlage für Milliardeninvestitionen!**

Der Gesetzesentwurf sieht derzeit den Finanzierungsrahmen über eine Mischung aus gesetzlichen Grundlagen und noch zu erlassenden Festlegungen der Bundesnetzagentur als ausreichend präzisiert an. Für die Netzbetreiber stellt dies jedoch keine rechtssichere Grundlage dar, um die Investitionen von mehreren Milliarden Euro, die über mehrere Jahrzehnte refinanziert werden, zu tätigen. Nach aktuellem Stand könnten der Gesetzgeber und auch die Bundesnetzagentur jederzeit selbst grundlegende Bedingungen durch eine Anpassung des EnWG bzw. per Festlegung ändern.

- ***Eine rechtssichere Gestaltung lässt sich nur über den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Verträgen erreichen. Diese sind durch den Bund mit den Kernnetzbetreibern, der von ihm beauftragten kontoführenden Stelle sowie der Bundesnetzagentur abzuschließen.***

4. **Keine Sonderabschreibung im Insolvenzfall (§ 28s Abs. 3 Sätze 8 und 9 EnWG-E):**
Haftungsumfang der übrigen Kernnetzbetreiber darf sich nicht unverschuldet erhöhen!

In § 28s Abs. 3 Satz 8 EnWG-E wird die Möglichkeit einer Sonderabschreibung zu Lasten des Amortisationskontos bei Einstellung des Betriebs im Rahmen eines Insolvenzverfahrens vorgesehen. Trotz solidarischer Ausgestaltung darf es nicht zu einer faktischen Übernahme von Verbindlichkeiten eines einzelnen Kernnetzbetreibers durch die Gruppe der übrigen Kernnetzbetreiber kommen (auch nicht über Umwege).

- ***Auch im möglichen Insolvenzfall einzelner Netzbetreiber darf sich der Haftungsumfang der übrigen Kernnetzbetreiber nicht erhöhen. Ein solches Risiko würde eine massive Hürde für die Entscheidung der Investoren darstellen.***

Ansprechpartnerin:

Barbara Fischer
Geschäftsführerin
Telefon: +49 30 921023-512
Barbara.Fischer@fnb-gas.de

